

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 21

Vorwort: Dazu
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IN DIESER NUMMER

Partizipation
im
Osten

Die Nichtmitbestimmung
in der UdSSR

Geschichtliche Entwicklung: Echte Mitsprache der Belegschaften gab es nur ein paar Monate vor und während der Revolution. 3

Die heutigen Strukturen. Betriebsdemokratie und dirigistisches System. Die Kompetenzen der Betriebsräte gelten der Produktionssteigerung. 7

Die Rolle der Gewerkschaften. Was aus ihrem Selbstverständnis hervorgeht. 12

Kurskorrektur

Ueber ein Buch, welches das Thema in der westlichen Problematik behandelt. 15

Osteuropa:
Normalisierung in Varianten

Zwei Liquidierungen von Arbeiterräten: Ungarn und die Tschechoslowakei. 16

Die polnische Arbeiterautonomie. Eine nicht so echte Sache in einer (wieder) echten Diskussion. 19

DDR und Rumänien. Ein kleiner Beitrag. 21

Der echte Fall

Darstellung und Bewertung der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. 22

Organisation und Träger 23

Die Problematik in westlicher Sicht (und in sowjetischer Polemik). 25

Ein ungarischer Diskussionsbeitrag zum Thema

Von Csaba Vertes in «Figyelő», Budapest. 28

Die Arbeiter und ihre Vertreter

Jugoslawische Karikaturen von durchaus expliziter Art. 32

Dazu:

Diese Nummer ist thematisch auf die Arbeiter-Mitbestimmung angesetzt; trotzdem sucht sie nicht herauszufinden, ob das eine gute oder schlechte Sache sei. Gewiss wird die Güte der Sache hier auch ein bisschen debattiert.

Da wäre etwa unser Beitrag aus Ungarn, der für Betriebsdemokratie eintritt, dabei aber ihr erwünschtes Ausmass ungefähr so einschränkt wie bei uns ein überzeugter Gegner der Mitbestimmung, wenn er unter Freunden ist; denn öffentlich wird er sich kaum so unbefangenen äussern wie sein Kollege aus dem alternativen Gesellschaftssystem. Wir freilich brauchen das Votum von Csaba Vertes (Seite 28) nicht so sehr zur Teilnahme am debattierten Für und Wider bei uns als vielmehr zur einfachen Information darüber, wie sich das Thema in Ungarn präsentiert; eine Information übrigens, die nicht unbedingt zu unserer westlichen Bewusstseinsbildung über das Traktandum gehört. Sie hat deshalb den Charakter einer Ergänzung, und es schadet nichts, wenn sie da und dort anstossen sollte. Man nennt derlei ja sonst einen «Denkanstoss»; warum also nicht auch hier?

Wer sich durch diese Nummer hindurchliest, wird ferner feststellen, dass irgendwo auch in unserer eigenen Behandlung die Arbeiterselbstverwaltung als gleichzeitig diskussionswürdig und diskutabel erscheint. Das ist nicht zufällig beim Beitrag über Jugoslawien der Fall. Denn dort allein lässt sie sich prüfen, weil sie dort allein besteht (wenn man von einigen erratischen Experimenten in unsern Ländern absieht; «obwohl» sie kapitalistisch sind; weil sie pluralistisch sind). Doch auch diese Bewertung des praktizierten jugoslawischen Modells ergibt sich aus der Analyse seiner nicht ganz so unlogischen Resultate. Selbst diese beurteilenden Bemerkungen sind also mehr Schlussfolgerungen aus der Sachlage als Thesen.

*

Diese Nummer hat jedenfalls nicht zum Ziel, die Mitbestimmung «an sich» zu behandeln: weder als Zielscheibe noch als Zielband. Dafür aber ist es unser Ziel, in einer ganz spezifischen Hinsicht zu zeigen, was Mitbestimmung nicht ist: nämlich das sozusagen automatisch erwartete Ergebnis einer alternativen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Ordnung. Bei uns gibt es einen tonangebenden Aberglauben über fast alle (guten!) Dinge, die angeblich «unser System verunmöglichen». Da ist es nicht so überflüssig zu merken, dass die gleichen Dinge im «ändern» System noch unendlich stärker verunmöglicht sind, und zwar strukturell verunmöglicht. Im Falle der Mitbestimmung ist das andere System die zentrale Planwirtschaft und für einmal nicht einfach «der Sozialismus» im Sinne der entprivatisierten Produktionsmittel. Gerade im Falle Jugoslawien stellt sich übrigens permanent und eben jetzt akut die Frage, ob Arbeiterselbstverwaltung und kommunistisch verstandener Sozialismus nicht ein Widerspruch sind. Es sind nicht nur und nicht einmal vorwiegend bourgeoise Elemente wie wir, welche diese Frage stellen, sondern ausgesprochen und vor allem kommunistische Ideologen.

*

Unsere Nummer unterscheidet inhaltlich zwischen zwei Untersuchungsobjekten: der gegebenen Mitbestimmung und der bloss angegebenen Mitbestimmung. Die tatsächliche Selbstverwaltung betrifft Jugoslawien, unbeschadet um die diffizile Frage, wie sich das mit dem politischen System verträgt. Die gelogene «Partizipation» betrifft die Sowjetunion und die Länder ihres Modells (je nach Ausmass der Angleichung unterschiedlich stark). Dass sie gelogen ist, weist Professor Revesz in seinen Beiträgen über die UdSSR und die osteuropäischen Länder aufgrund der jeweils landeseigenen Quellen gründlich nach. Warum sie gelogen ist, wird am konzentriertesten auf Seite 26 unter dem Stichwort «Die sowjetische Kritik» (am jugoslawischen System) gesagt. Dass eine funktionierende Belegschaftsautonomie zumindest einen De-facto-Pluralismus braucht (und schafft!), sollte wenigstens einsichtig sein.

*

Die Mitbestimmung und ihre verwandten Begriffe sind Elemente der Wirtschaftsdemokratie. Sie ist mit der politischen Demokratie nicht identisch und ersetzt sie auch nicht. In der Anlage haben die beiden Dinge sogar ein Spannungsverhältnis zueinander. Damit argumentieren zum Beispiel gerade die Sowjets: Wenn eine Belegschaft ihre eigenen spezifischen Interessen durchsetzt, so geht das auf die Kosten der Gesamtinteressen und ist undemokratisch. (Von Moskau kommend ist diese Ueberlegung natürlich eine Heuchelei, weil es in der UdSSR auch keine Gesamtdemokratie gibt; weil die angebliche Demokratie dem Test der freien Oppositionsbildung nicht unterzogen wird.) Aber lassen wir die Wirtschaftsdemokratie als Ergänzung zur politischen Demokratie gelten. Um klar zu machen, dass diese nicht geopfert werden darf, um vielleicht einmal jene zu erhalten.

Christian Brügger

Mitbestimmung
für
Studenten

Die Idee der Mitbestimmung wird heute nicht nur als Erfordernis der Wirtschaftsdemokratie in ihrem Hauptaspekt der Mitbestimmung von Arbeitern und Angestellten diskutiert. Man redet etwa auch von ihren Möglichkeiten beim Militär und erprobt sie zuweilen schon vor ihrer Einführung, geschweige denn Institutionalisierung. Vor allem aber ist die studentische Mitbestimmung ein Thema, das die Leute bewegt, die es direkt angeht, und das mag sogar ein Unterschied zum Thema der Arbeiter-Mitbestimmung sein. Und vielleicht besonders häufig ist hier bei den Befürwortern der legitimen eigenen Sache die Meinung verbreitet, dass die bisherige Nichtverwirklichung des Postulats unabdingbar unserem System zu danken sei. In diesem Falle aber müsste die angestrebte Errungenschaft dort verwirklicht sein, wo man unser System abgeschafft und durch die meist hoffnungsvoll genannte sozialistische Alternative ersetzt hat. Ist das der Fall? In einer unserer nächsten (regulären) Nummern wollen wir uns mit der Frage der studentischen Mitbestimmung in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern befassen. Red. ZB